



Bad Schwalbach, den 15.12.2016

## Niederschrift

Gremium	Kreistag
Sitzungsnummer	5/X. Wahlperiode
Datum	Dienstag, 6. Dezember 2016
Sitzungsbeginn	15:00 Uhr
Sitzungsende	19:45 Uhr
Ort	Bürgerhaus Taunusstein

### Teilnehmer:

#### Stellvertretender Kreistagsvorsitzender

Herr Paul Weimann

#### Kreistagsvorsitzender

Herr Klaus-Peter Willsch MdB ab 16.30 Uhr

#### CDU Fraktion

Herr Ali Emamalizadeh

Herr Günter Heckel

Herr Jürgen Helbing

Herr Christian Herfurth ab 16.30 Uhr

Herr Staatssekretär Werner Koch

Herr Jan Kraus

Frau Andrea Kremer

Herr Lothar Metternich

Herr Volker Mosler

Frau Petra Müller-Klepper Mdl

Herr Roland Piper

Herr Joachim Reimann

Frau Dr. Alexia Schadow

Herr Udo Scheliga

Herr André Stolz

Frau Roubina Wendel

Herr Thomas Zarda

Herr Sandro Zehner

#### SPD Fraktion

Herr Daniel Bauer

Frau Helga Becker

Herr Sebastian Busch

Herr Maximilian Faust  
Herr Matthias Hannes  
Frau Christel Hoffmann  
Herr Georg A. Mahr  
Frau Wendy Penk  
Frau Tanja Pfenning  
Herr Martin Rabanus MdB  
Herr Harald Schmelzeisen  
Herr Carsten Sinß  
Herr Winfried Steinmacher  
Herr Thomas Wieczorek

#### **AfD-Fraktion**

Herr Martin Bauer  
Herr Ulrich Fachinger  
Herr Matthias Finck  
Herr Viktor Flor  
Herr Klaus Gagel  
Herr Christian Kessner  
Herr Karl Mayer

#### **Bündnis 90/Die Grünen Fraktion**

Frau Miriam Deppe  
Frau Dr. Antje Kluge-Pinsker  
Herr Walter Lieber  
Herr Günter Linke  
Frau Ingrid Reichbauer  
Frau Annette Reineke-Westphal  
Herr Klaus Stolpp

#### **FDP Fraktion**

Herr Roland Hoffmann  
Frau Anna-Maria Linke-Diefenbach  
Herr Alexander Müller  
Herr Stefan Müller

#### **FWG Fraktion**

Herr Michael Barth  
Herr Hans-Josef Becker  
Herr Karl-Wilhelm Höhn  
Frau Inga Rossow

#### **Fraktion Die LINKE**

Herr Gunter Pfeil  
Herr Benno Pörtner

#### **fraktionsloses Mitglied**

Herr Christoph Klein

#### **Kreisausschuss**

Herr Burkhard Abers Landrat  
Herr Alexander Bernstorff  
Herr Alexander Cornelius

Herr Günter F. Döring  
Herr Dr. Herbert Koch  
Frau Monika Merkert  
Herr Dr. Clemens Mödden  
Frau Sabine Muth  
Frau Dorothee Nabrotzky  
Frau Dr. Heidrun Orth-Krollmann  
Herr Karl Ottes  
Herr Hans-Joachim Pirschle  
Herr Günter Retzmann  
Herr Hans Rodius  
Herr Thomas Schnell  
Herr Rainer Scholl

#### **entschuldigt**

Herr Staatsminister Peter Beuth  
Herr Marius Weiß MdL

#### **Verwaltung**

Herr Ralf Bachmann  
Frau Astrid Deicke-Schäfer  
Herr Franco Matera  
Frau Rebecca Samann  
Herr Dr. Christoph Zehler

#### **Schriftführer**

Herr Harald Rubel

Stellvertretender KTV Weimann eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Mitglieder des Kreistages und des Kreisausschusses mit Landrat Albers an der Spitze. Stellvertretender KTV Weimann teilt mit, dass KTV Willsch später zur Sitzung erscheinen wird und er bis dahin die Sitzungsleitung übernehmen werde.

Stellvertretender KTV Weimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Stellvertretender KTV Weimann ruft die Niederschrift der Sitzung vom 04.10.2016 zur Genehmigung auf. Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

Stellvertretender KTV Weimann teilt mit, dass für alle Mitglieder des Hauses der Haushaltsplan 2017 in Papierform nach der Einbringung durch Landrat Albers zur Verfügung steht. Weiterhin teilt stellvertretender KTV Weimann mit, dass das Jahrbuch 2017 während der Sitzung erworben werden kann.

Stellvertretender KTV Weimann berichtet, dass der Abg. Rabanus (SPD) aus der Betriebskommission des EAW ausscheiden werde und sich Unterzeichner des Wahlvorschlages auf den Abg. Schmelzeisen (SPD) als Nachrücker geeinigt haben (**Anlage 1 der Niederschrift**).

## Zur Tagesordnung:

- Stellvertretender KTV Weimann stellt fest, dass Grundlage der Beratungen die Empfehlungen des HFA zur Tagesordnung der Kreistagssitzung sind. Demnach werden die TOP III. 2, III. 3, III. 6, III. 7, III. 8, III. 9, III. 13, III. 14, III. 16 und III. 17 in die Tagesordnung II überstellt.

Da zu TOP III. 3 ein Änderungsantrag der LINKEN (**Anlage 2 der Niederschrift**) vorliegt, verbleibt der TOP in der Tagesordnung III.

- Auf Antrag wird TOP III. 5 einvernehmlich als Berichtsantrag in die TO II überstellt. Der Antrag der Abg. Reichbauer (GRÜNE) TOP III. 11 ebenfalls in die TO II zu überstellen, findet keine einhellige Zustimmung.
- Die antragstellenden Fraktionen beantragen für die TOP III. 15 bzw. TOP III. 18 die Vertagung. Weiterhin vertagt werden die TOP II. 6 und III. 23.
- Stellvertretender KTV Weimann ruft sodann den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion vom 18.11.2016 zum Thema Minarett in Bad Schwalbach auf (**Anlage 3 der Niederschrift**), dessen Dringlichkeit durch den Abg. Gagel (AfD) begründet wird. Abg. Mahr (SPD) spricht formal gegen die Dringlichkeit.

Stellvertretender KTV Weimann lässt über die Dringlichkeit sodann abstimmen. Diese wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von AfD, FWG und 1 Fraktionsloser  
NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN und LINKEN und  
Enthaltungen aus der FDP-Fraktion

**abgelehnt.** Der Antrag wird somit Gegenstand der Beratungen in der nächsten Kreistagssitzung.

Weitere Wünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor. Die Tagesordnung wird in der so geänderten Fassung einstimmig beschlossen.

## **Öffentliche Tagesordnungspunkte:**

<b>TOP I.</b>	<b>DS</b>	<b>Tagesordnung I</b>
<b>TOP I. 1</b>	<b>DS</b>	<b>Fragestunde</b>

Landrat Albers beantwortet die Kleine Anfrage Nr. 17/16 und Zusatzfragen des Abg. Hoffmann (FDP), (**Anlage 4 der Niederschrift**).

<b>TOP I. 2</b>	<b>DS</b>	<b>Bericht des Landrates</b>
-----------------	-----------	------------------------------

Landrat Albers berichtet zu folgenden Themen:

- Neubesetzung der Fluglärmkommission durch den Verwaltungsangestellten Bachmann und KB Döring.
- Anonymer Drohbrief an die kommunale Flüchtlingsunterkunft in Kiedrich
- Gewalttätige Auseinandersetzung mit Flüchtlingen in Hünstetten-Wallrabenstein, bei der 2 Polizisten leicht verletzt wurden.

<b>TOP II.</b>	<b>DS</b>	<b>Tagesordnung II</b>
----------------	-----------	------------------------

Stellvertretender KTV Weimann lässt sodann über die Tagesordnung II abstimmen, in der Fassung der jeweiligen Ausschussempfehlung. Die Empfehlungen werden einstimmig beschlossen.

TOP III. 13 wird auf Antrag in der TO II einzeln abgestimmt.

<b>TOP II. 1</b>	<b>DS X/214</b>	<b>Verbindlichkeiten des Rheingau-Taunus-Kreises; hier: Berichts Antrag Nr. 07/16 der AfD-Fraktion vom 07.07.2016; Stellungnahme der Verwaltung</b>
------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

<b>TOP II. 2</b>	<b>DS X/189</b>	<b>Bestellung der Wirtschaftsprüfer des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft für die Jahre 2016 bis 2018</b>
------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

**Beschluss:**

Das Wirtschaftsprüfungsbüro Mittelrheinische Treuhand GmbH in 56010 Koblenz wird gemäß deren Angebot vom 08.07.2016 zu einem Pauschalpreis von 7.000,-- € zzgl. MWSt. mit der Prüfung der Jahresabschlüsse 2016 bis 2018 zu beauftragt.

<b>TOP II. 3</b>	<b>DS X/224</b>	<b>Stationäre und teilstationäre Pflege im RTK; hier: Stellungnahme zum Berichts Antrag Nr. 09/16 der CDU-Fraktion vom 06.09.2016</b>
------------------	-----------------	---

Mit **Anlage 5 der Niederschrift** zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

<b>TOP II. 4</b>	<b>DS X/225</b>	<b>Berufliche Ausbildung von Flüchtlingen im Pflegebereich, hier: Stellungnahme zum Berichts Antrag Nr. 14/16 der SPD-Fraktion vom 05.09.2016</b>
------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

<b>TOP II. 5</b>	<b>DS X/226</b>	<b>Tagesmütter und Tagesväter im RTK; hier Stellungnahme zum Berichts Antrag Nr. 10/16 der CDU-Fraktion vom 06.09.2016</b>
------------------	-----------------	--

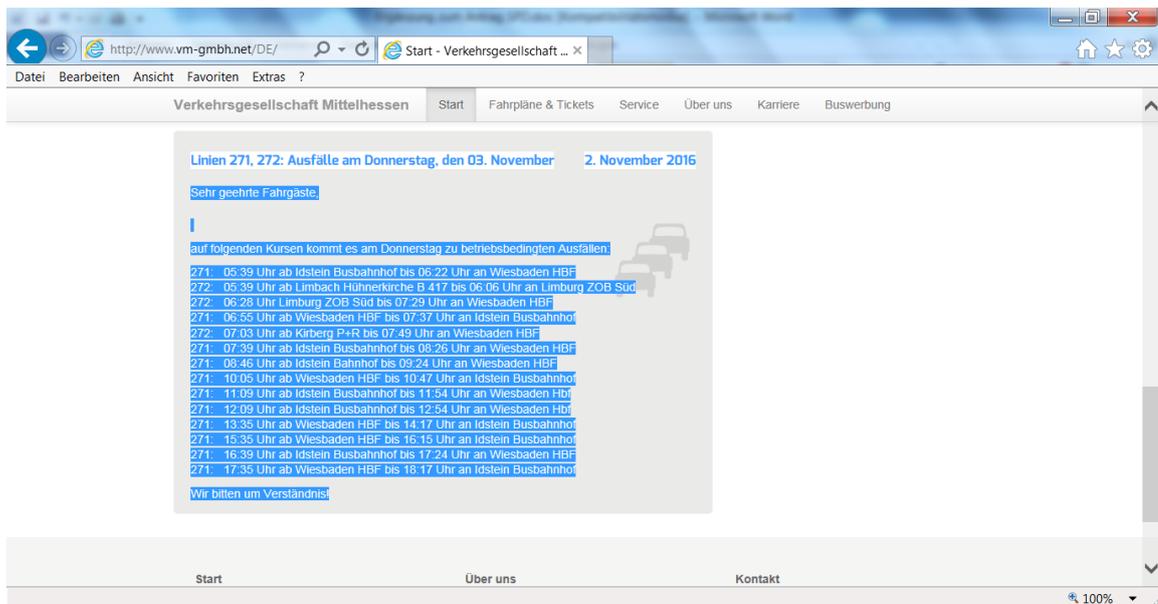
Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

<b>TOP II. 7</b>	<b>DS X/229</b>	<b>Massive Fahrtausfälle im Busverkehr des RTV bei den Linien 271 und 272; hier: Berichts Antrag Nr. 13/16 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.11.2016, eingegangen am 09.11.2016</b>
------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

**Beschluss:**

1. Wann haben die massiven Fahrtausfälle auf den Linien 271 und 272 begonnen und wie lange dauern/dauerten sie an?



2. Wieviel „Kurse“ sind mittlerweile insgesamt ausgefallen?
3. Werden Regressansprüche gegen das beauftragte Busunternehmen Verkehrsgemeinschaft Mittelhessen (VM) geltend gemacht und wenn ja, in welcher Höhe? Welche vertraglichen Regelungen bestehen?
4. Sind weitere Linien betroffen oder gefährdet?
5. Wie erfährt ein Bürger ohne Internet und Handy, welcher Bus jeweils fährt und welcher ausfällt?
6. Welche Vorkehrungen werden getroffen, damit sich solche Ausfälle künftig nicht wiederholen?

<b>TOP III. 2</b>	<b>DS X/144</b>	<b>Betragung der ProJob Rheingau-Taunus-GmbH (ProJob GmbH) mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im Bereich der beruflichen Bildung zur Förderung des Zugangs zum und der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt im Gebiet des Rheingau-Taunus-Kreis (Betrauungsakt)</b>
-------------------	-----------------	--

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

#### **Beschluss:**

1. Der Rheingau-Taunus-Kreis betraut die ProJob GmbH ab 01.11.2016- vorbehaltlich einer positiven verbindlichen Auskunft der Finanzverwaltung -mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im Bereich der beruflichen Bildung zur Ermöglichung des Zugangs zum und der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt im Gebiet des Rheingau-Taunus-Kreis nach näherer Maßgabe der diesem Beschluss als Anlage 1 beigefügten Betrauung.

2. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der RTK Holding Beteiligungsgesellschaft des Rheingau-Taunus-Kreises GmbH wird beauftragt, unverzüglich einen Beschluss des Aufsichtsrates gemäß Anlage 2 zu diesem Beschluss herbeizuführen, mit dem der Aufsichtsrat der ProJob GmbH zur unverzüglichen Herbeiführung eines Beschlusses beauftragt wird, mit dem der Betrauungsakt als verbindliche Weisung gemäß Anlage 3 an die Geschäftsführung der ProJob GmbH beschlossen wird.
3. Die diesem Beschluss als Anlage 1 beigefügte Betrauung bildet den Inhalt der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung der ProJob GmbH.
4. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der RTK Holding Beteiligungsgesellschaft des Rheingau-Taunus-Kreises GmbH wird beauftragt, unverzüglich einen Beschluss im Aufsichtsrat herbeizuführen hinsichtlich der EU-Beihilferechtsproblematik bei der Pro Job GmbH ein Notifizierungsverfahren durchzuführen.
5. Das Ergebnis des Notifizierungsverfahrens ist dem Kreistag vorzulegen.

<b>TOP III. 5</b>	<b>DS X/161</b>	<b>Betreuungsschlüssel für Geflüchtete; hier: Antrag Nr. 18/16 der Fraktion Die LINKE vom 05.09.2016, eingegangen am 06.09.2016</b>
-------------------	-----------------	---

Als Berichtsantrag einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss soll im Sinne des Sachverhaltes des Antrages berichten zu:

Der Kreisausschuss wird gebeten, einen Betreuungsschlüssel für alle Geflüchteten im Rheingau-Taunus-Kreis von 1 zu 90 schnellstmöglich umzusetzen.

<b>TOP III. 6</b>	<b>DS X/183</b>	<b>Betreuung der FrankfurtRheinMain GmbH</b>
-------------------	-----------------	--

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

**Beschluss:**

1. Dem Abschluss des in der Anlage beigefügten Konsortialvertrages durch den Rheingau-Taunus-Kreis zur Bestätigung und Bekräftigung der Betreuung der FrankfurtRheinMain GmbH mit der Wirtschaftsförderung für den Wirtschaftsraum Frankfurt/Rhein Main wird zugestimmt. Der Konsortialvertrag findet Anwendung ab dem 01.01.2017.
2. Der Kreisausschuss wird beauftragt und ermächtigt, die im Zusammenhang mit der Betreuung erforderlichen rechtsverbindlichen Erklärungen abzugeben und Handlungen vorzunehmen. Hierzu gehören insbesondere die Unterzeichnung des Konsortialvertrages und die Fassung des in § 6 des Konsortialvertrages aufgeführten Beschlusses der Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung Frankfurt RheinMain GmbH anzuweisen, die mit der Betreuung übertragenen Aufgaben umzusetzen und den Konsortialvertrag einzuhalten.
3. Sollten sich insbesondere aus beihilferechtlichen oder steuerrechtlichen Gründen Änderungen des Konsortialvertrages als notwendig oder zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Kreistag mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses und dessen Anlagen nicht verändert werden. Den Kreisgremien ist über erfolgte Änderungen zu berichten.
4. Der Kreisausschuss wird beauftragt, unverzüglich einen Beschluss im Aufsichtsrat herbeizuführen, hinsichtlich der EU-Beihilferechtsproblematik bei der FrankfurtRheinMain GmbH ein Notifizierungsverfahren durchzuführen.
5. Das Ergebnis des Notifizierungsverfahrens ist dem Kreistag vorzulegen.

<b>TOP III. 7</b>	<b>DS X/184</b>	<b>Verlängerung der Liquiditätshilfe für die Volkshochschule Rheingau-Taunus e.V. bis 31.12.2017</b>
-------------------	-----------------	--

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

**Beschluss:**

Der Kreistag nimmt zur Kenntnis, dass der Kreisausschuss die Verlängerung der Liquiditätshilfe an die Volkshochschule Rheingau-Taunus e.V. in Höhe von jetzt 250.000,00 € bis zum 31.12.2017 beschlossen hat.

<b>TOP III. 8</b>	<b>DS X/196</b>	<b>Anderung des Gesellschaftsvertrags der ProJob Rheingau-Taunus GmbH</b>
-------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

**Beschluss:**

Dem geänderten Gesellschaftervertrag der ProJob wird zugestimmt.

<b>TOP III. 9</b>	<b>DS X/199</b>	<b>Anderung des Gesellschaftervertrags der RTK Holding GmbH</b>
-------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

**Beschluss:**

Dem geänderten Gesellschaftervertrag der RTK Holding wird zugestimmt.

<b>TOP III. 14</b>	<b>DS X/215</b>	<b>Wiedbachschule, Bad Schwalbach - Abriss und Neubau der Turnhalle</b>
--------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

**Beschluss:**

Statt der Generalsanierung der Turnhalle am Schulstandort der Grundschule in Bad Schwalbach (KIP Maßnahme Programmposition 03-2102-20) erfolgt ein Abriss und Neubau der Turnhalle.

Die zusätzlich benötigten Mitteln in Höhe von 200.000 €, werden durch eine Umschichtung aus der zweiten KIP Maßnahme (03-2401-14 Generalsanierung Schulgebäude 1 BA) gewährleistet.

<b>TOP III. 16</b>	<b>DS X/221</b>	<b>Bericht über den Kreisstraßenzustand 2016 sowie aktuelle Baumaßnahme</b>
--------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

<b>TOP III. 17</b>	<b>DS X/222</b>	<b>Jahresabschluss 2015 des Rheingau-Taunus-Kreises</b>
--------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

**Beschluss:**

Der Kreistag nimmt den vom Kreisausschuss aufgestellten Jahresabschluss zum 31.12.2015 des Rheingau-Taunus-Kreises mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes zur Kenntnis.

Nach § 52 Abs. 1 HKO i.V. mit § 114 Abs. 1 HGO beschließt der Kreistag über den vom Rechnungsprüfungsamt geprüften Jahresabschluss 2015 des Rheingau-Taunus-Kreises und spricht die Entlastung des Kreisausschusses aus.

<b>TOP III. 13</b>	<b>DS X/209</b>	<b>Wirtschaftsplan 2017 des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft</b>
------------------------	-----------------	---

In der Fassung des HFA wird die Vorlage bei

9 NEIN-Stimmen  
mehrheitlich

**beschlossen.**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

**Beschluss:**

**Der Wirtschaftsplan 2017 wird wie folgt beschlossen:**

<b>1. Der Wirtschaftsplan wird gemäß §15 Eigenbetriebsgesetz (GVBL II 1989 331 - 6) festgestellt.</b>	<b>2017</b>
<b>2. Im Erfolgsplan werden die Erträge auf die Aufwendungen auf und der Jahresgewinn auf festgesetzt.</b>	<b>11.705.243,10 € 11.697.500,00 € 7.743,10 €</b>
<b>3. Im Vermögensplan werden die Einnahmen auf und die Ausgaben auf festgesetzt.</b>	<b>1.563.000,00 € 1.563.000,00 €</b>
<b>4. Der Gesamtbetrag der Kredite wird auf festgesetzt.</b>	<b>- €</b>

5. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungs-  
ermächtigungen wird auf - €  
festgesetzt.

6. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf - €  
festgesetzt.

TOP III.	DS	Tagesordnung III
TOP III. 1	DS X/213	Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

Landrat Albers hält eine Rede zur Einbringung des Haushaltsentwurfes 2017 und bittet abschließend um Überweisung an die Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

**Beschluss:**

Der vom Kreisausschuss festgestellte Entwurf der Haushaltssatzung 2017 mit Haushaltsplan wird gem. § 97 Abs. 3 HGO zur Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss – unter Beteiligung weiterer Fachausschüsse - verwiesen.

Stellvertretender KTV Weimann stellt fest, dass 57 von 61 Abgeordneten anwesend sind.

TOP III. 3	DS X/150	Verkauf der alten Sporthalle Am Taubenberg, Seelbacher Straße 64, Idstein mit dem Grundstück Flur 53, Flurstück 42/1
------------	----------	--

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Zehner (CDU) mit Bericht aus dem HFA, Pörtner (LINKE) mit Begründung des Ergänzungsantrages (**Anlage 2 der Niederschrift**), Landrat Albers und die Abg. Zarda (CDU), Reineke-Westphal (GRÜNE), Rossow (FWG) und Hoffmann (FDP).

Stellvertretender KTV Weimann lässt sodann zunächst den Ergänzungsantrag der LINKEN abstimmen. Dieser wird bei

2 JA-Stimmen und  
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses  
mehrheitlich

**abgelehnt.**

In der Fassung der HFA-Beratung wird die Vorlage bei

2 NEIN-Stimmen  
1 Enthaltung und  
JA-Stimmen vom Rest des Hauses  
mehrheitlich

**beschlossen.**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

**Beschluss:**

Der Verkauf der alten 3-Feldsporthalle am Taubenberg in Idstein mit dem dazugehörigen Grundstück Flur 53, Flurstück 42/1, Größe 12.506 m<sup>2</sup>, an die Firma Dietmar Bücher – Schlüsselfertiges Bauen, Veitenmühlweg 2, 65510 Idstein zum Kaufpreis von 4.450.000,00 € wird genehmigt.

Die Mittel aus dem Verkauf sind ausschließlich zweckgebunden für eine Kampfbahn C an der Taubenbergsschule in Idstein einzusetzen.

Die Stadt Idstein wird gebeten, den Rheingau-Taunus-Kreis bei der Grundstücksgewinnung zu unterstützen.

TOP III. 4	DS X/160	<b>Anderungen der Fraktionszuwendungen; hier: Antrag der Fraktion Die LINKE vom 05.09.2016, eingegangen am 06.09.2016</b>
------------	----------	---

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Pörtner (LINKE) mit Begründung des modifizierten Antrages vom 07.11.2016 (**Anlage 6 der Niederschrift**), Stolz (CDU), Finck (AfD), Reichbauer (GRÜNE) und Pörtner (LINKE).

Der Antrag wird anschließend bei

JA-Stimmen der Fraktionen von GRÜNEN und LINKEN  
NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, AfD, FWG, FDP und 1 Fraktionsloser und  
Enthaltungen aus der SPD-Fraktion  
mehrheitlich

**abgelehnt.**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP III. 10	DS X/201	<b>Erneute Stellungnahme zum Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien des Regionalplans Südhessen</b>
-------------	----------	---

Vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt verlässt der Abg. Helbing (CDU) den Sitzungsraum.

Stellvertretender KTV Weimann berichtet von den Beratungen im EUKA. An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Abg. Stolz (CDU) mit Begründung des Ergänzungsantrages (**Anlage 7 der Niederschrift**) und der Bitte, die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlages kumulativ, also gemeinsam abzustimmen, Hoffmann (FDP), Stolpp (GRÜNE), Busch (SPD), Rabanus (SPD), Gagel (AfD), Becker (FWG), Rossow (FWG), Linke (GRÜNE), Müller, St. (FDP), Reineke-Westphal (GRÜNE), Pörtner (LINKE) und Hannes (SPD).

Stellvertretender KTV Weimann lässt sodann über die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlages mit dem Ergänzungsantrag der CDU (**Anlage 7**) abstimmen. Die Vorlage wird in dieser Fassung bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, AfD, FWG, FDP und 1 Fraktionsloser und  
NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von SPD, GRÜNEN und LINKEN  
mehrheitlich

### **beschlossen.**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

### **Beschluss:**

1. Dem beigefügten Entwurf einer erneuten Stellungnahme zur Aufstellung des „Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien des Regionalplans Südhessen (Entwurf 2013, Erste Anhörung)“ wird zugestimmt. Der Kreisausschuss wird beauftragt die Stellungnahme an das Regierungspräsidium zu senden.
2. Der Kreisausschuss wird beauftragt, im Rahmen der vorgesehenen „Zweiten Offenlegung“ eine qualifizierte Stellungnahme zur „Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien des Regionalplans Südhessen“ in Anlehnung an die Stellungnahme des Landkreises zur „Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 – Vorgaben der Windenergie“ vom 17. September 2012 zu erarbeiten und zur gegebenen Zeit dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abg. Helbing (CDU) kehrt in den Sitzungsraum zurück. Stellvertretender KTV Weimann übergibt die Sitzungsleitung an den zwischenzeitlich eingetroffenen KTV Willsch. Die Sitzung wird auf Antrag des Abg. Müller, St. (FDP) von 17.15 Uhr bis 17.25 Uhr unterbrochen.

<b>TOP III. 11</b>	<b>DS X/203</b>	<b>Aartalkonzeption inklusive Darstellung der Aartalbahn als Motor der Regionalentwicklung</b>
------------------------	-----------------	--

KTV Willsch bedankt sich beim stellvertretenden KTV Weimann für die geleistete Sitzungsleitung und ruft TOP III. 11 zur Beratung auf.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Weimann (CDU) mit Bericht aus dem EUKA und dem HFA, Bauer (SPD), Bauer (AfD), Rossow (FWG) Pfeil (LINKE), Zehner (CDU), Müller, St. (FDP), Lieber (GRÜNE) und Rossow (FWG).

KTV Willsch lässt sodann die Punkte 1 und 5 des Beschlussvorschlages abstimmen. Diese werden bei

Enthaltungen aus der AfD-Fraktion  
einstimmig

### **beschlossen.**

Die Punkte 2 bis 4 des Beschlussvorschlages werden bei

NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von FWG und FDP und  
Enthaltungen aus der AfD-Fraktion und 1 Fraktionsloser  
bei JA-Stimmen vom Rest des Hauses  
mehrheitlich

### **beschlossen.**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

### **Beschluss:**

1. Die Studie „Aartalbahn als Motor der Regionalentwicklung – Aartalkonzeption“ und deren Ergebnisse und Umsetzungsempfehlungen für die Entwicklung des Aartals und der Aartalbahn werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Sperrvermerk des Haupt- und Finanzausschusses zur Sperrung der Mittel zum „Kauf der Aartalstrecke im Kreisgebiet bis zur Vorlage eines Nutzungskonzeptes“ (12-3320-14, Investitionsprogramm 2013 – 2017) wird durch den Haupt- und Finanzausschuss aufgehoben. Die Mittel zum Kauf der Aartalbahnstrecke innerhalb der Kreisgrenzen werden im Investitionshaushalt 2017 neu veranschlagt.
3. Zum Ausbau und zur Unterhaltung der Strecke sowie zur Projektsteuerung werden im Ergebnishaushalt 2017 Mittel in Höhe von 100.000,00 € veranschlagt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Verfahren, die sich zur Realisierung des Maßnahmenbündels bis 2018 (Abschnitt 7 „Integriertes Maßnahmenkonzept“) anschließen, bis zum Frühjahr 2017 in die Wege zu leiten und parallel durchzuführen. Hierzu gehören insbesondere die Organisation einer interkommunalen Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Wiesbaden und den Anrainerkommunen sowie die Ausschreibung und Beauftragung einer Projektsteuerung, einschließlich der Abstimmung mit den betroffenen Behörden und weiteren Akteuren sowie die Einwerbung von Fördermitteln der EU, des Bundes und des Landes Hessen (Abschnitt 7 „Integriertes Maßnahmenkonzept“).
5. Der Kreisausschuss wird damit beauftragt, mit den anliegenden kreisangehörigen Kommunen Verhandlungen hinsichtlich deren finanziellen Beteiligung an dem Kauf der

Aartalstrecke, deren Ausbau als Museums- und Tourismusbahn sowie an den jährlichen anfallenden Unterhaltungskosten zu führen.

<b>TOP III. 12</b>	<b>DS X/207</b>	<b>Integrationsstrategie für den Rheingau-Taunus-Kreis</b>
------------------------	-----------------	--

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Müller-Klepper (CDU) mit Begründung des Änderungsantrages (**Anlage 8 der Niederschrift**) und dessen Modifikation in Punkt 1 und der Streichung von Punkt 3, Reichbauer (GRÜNE), Mayer (AfD), Pfenning (SPD), Mahr (SPD), Landrat Albers und die Abg. Linke-Diefenbach (FDP), Rossow, (FWG), Pörtner (LINKE) und Müller, St. (FDP), der zur Geschäftsordnung das **Ende der Debatte** beantragt. KTV Willsch erklärt, dass noch 3 Redner auf der Liste stehen.

Gegen den Antrag spricht formal der Abg. Mahr (SPD). Der Antrag auf Ende der Debatte wird anschließend bei

26 JA-Stimmen und  
21 NEIN-Stimmen  
mehrheitlich

**beschlossen.**

KTV Willsch lässt sodann über den Änderungsantrag in seiner modifizierten Fassung abstimmen. Dieser wird bei

NEIN-Stimmen aus der AfD-Fraktion und 1 Fraktionsloser und  
Enthaltungen aus den Fraktionen von FWG und FDP und  
JA-Stimmen vom Rest des Hauses  
mehrheitlich

**beschlossen.**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

**Beschluss:**

Der Entwurf zur Integrationsstrategie für den Rheingau-Taunus-Kreis wird gemäß Anlage beschlossen.

Der Entwurf zur Integrationsstrategie soll sodann mit dem Hessischen Aktionsplan zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie seiner aktuellen Fortschreibung abgeglichen und ggf. um Maßnahmen hieraus ergänzt werden, damit die bestehenden Programme des Landes optimal genutzt werden. Ebenso sind ein Abgleich und ggf. eine Ergänzung mit und durch Angebote und Aktivitäten des Bundes erforderlich, um bereitstehende Ressourcen auszuschöpfen und Doppelstrukturen zu vermeiden. Zudem sollen ergänzend eine klare Prioritätensetzung bei den Maßnahmen und die finanzielle Hinterlegung unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel erfolgen und Bestandteil der Strategie werden. Auch soll eine Analyse und

Evaluation der bisherigen Anstrengungen des Kreises vorgenommen und dokumentiert werden.

TOP III. 19	DS X/206	HH-Antrag zur Ausweitung des Fährbetriebs zwischen Hessen und Rheinland-Pfalz; hier: Antrag 21/16 der SPD-Fraktion vom 17.10.2016
----------------	----------	---

Abg. Barth (FWG) beantragt zur Geschäftsordnung, den Antrag in den HFA zu verweisen. Gegen den Antrag spricht der Abg. Mahr (SPD).

Der Antrag auf Verweisung wird bei

NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von SPD und GRÜNEN  
1 Enthaltung des Fraktionslosen  
und JA-Stimmen vom Rest des Hauses  
mehrheitlich

**beschlossen.**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

**Beschluss:**

**Der Antrag wird zur weiteren Beratung in den HFA verwiesen.**

Der Kreisausschuss wird gebeten, in den Haushalt 2017 ein Budget von 50.000 Euro zur Implementierung einer weiterreichenden Abdeckung der Fährverbindungen zwischen Hessen und Rheinland-Pfalz im Bereich der hessischen Rheinseite von Oestrich-Winkel bis Lorch festzusetzen.

Weiter soll die Kreisverwaltung RTK klären, welche Fährbetriebe dazu bereit sind, in einem abgestimmten Rotationsprinzip eine ganzjährige Mindestbetriebszeit von 5.30 Uhr bis 24 Uhr abzudecken.

Hierbei sollen neben den bisherigen Sommer- und Winterfahrplänen der einzelnen Betreiber auch regionale, saisonale Ereignisse berücksichtigt werden.

TOP III. 20	DS X/228	Energiedienstleistungszentrum Rheingau-Taunus (EDZ); hier: Gemeinsamer Antrag Nr. 22/16 der FDP- und CDU-Fraktion vom 08.11.2016, eingegangen am 09.11.2016
----------------	----------	---

Vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt verlässt die Abg. Reichbauer den Sitzungsraum.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Müller, St. (FDP) mit Begründung des Änderungsantrages von CDU und FDP vom 06.12.2016 (**Anlage 9 der Niederschrift**),

Reineke-Westphal (GRÜNE), Landrat Albers bei einer Zwischenfrage des Abg. Müller, St. (FDP) und die Abg. Mahr (SPD), Weimann (CDU), Pörtner (LINKE) und Lieber (GRÜNE), der zur Geschäftsordnung die **Rücküberweisung in den Ausschuss** beantragt. Abg. Stolz (CDU) spricht formal gegen den Antrag.

KTV Willisch lässt über den Antrag abstimmen. der Antrag wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von SPD, GRÜNEN und LINKEN und  
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses  
mehrheitlich

**abgelehnt.**

An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Abg. Mahr (SPD) bei einer Zwischenfrage des Abg. Zehner (CDU), Müller, St. (FDP) mit Begründung einer weiteren Änderung des Ursprungsantrages in Punkt 1 (**Anlage 10 der Niederschrift**), Landrat Albers, der eine rechtliche Prüfung dieses Punktes ankündigt und der Abg. Linke (GRÜNE), der einen Zusatz zu Punkt 2 beantragt (**Anlage 11 der Niederschrift**).

Abg. Barth (FWG) beantragt sodann zur Geschäftsordnung **Ende der Debatte**. Gegen den Antrag spricht formal der Abg. Rabanus (SPD). Der Antrag des Abg. Barth (FWG) wird bei

NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von SPD, GRÜNEN und LINKEN und  
JA-Stimmen vom Rest des Hauses  
mehrheitlich

**beschlossen.**

KTV Willisch ruft sodann zunächst den Ergänzungsantrag des Abg. Linke (GRÜNE), **Anlage 11** zur Abstimmung auf. Der Antrag wird

einstimmig

**beschlossen.**

KTV Willisch ruft sodann den Ursprungsantrag mit den Änderungen von CDU und FDP (**Anlage 9 und 10 der Niederschrift**) auf. Der Antrag wird in dieser Fassung bei

NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von SPD, GRÜNEN und LINKE  
1 Enthaltung aus der GRÜNEN-Fraktion und  
JA-Stimmen vom Rest des Hauses  
mehrheitlich

**beschlossen.**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

**Beschluss:**

1. Der KA wird beauftragt, unverzüglich alles in die Wege zu leiten, um ebenso unverzüglich einen Beschluss des Aufsichtsrates mit der Intention herbeizuführen, den Gesellschaftervertrag des Energiedienstleistungszentrums Rheingau-Taunus (EDZ) wie folgt zu ändern:

**§2 Ziel, Gegenstand und Dauer des Unternehmens**

§2(1-2) wird durch folgende Formulierungen ersetzt:

*§2 (1) Gegenstand der GmbH ist das Management der Strom- und Wärmeversorgung sowie die Errichtung und der Betrieb der dazu notwendigen Anlagen in Liegenschaften des Kreises, von kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie von Beteiligungsgesellschaften des Kreises und der Kommunen.“*

*§2(2) Das EDZ ist nicht berechtigt, ähnliche Unternehmen zu gründen oder sich an solchen zu beteiligen. Eine eigenständige wirtschaftliche Betätigung über den in §2 (1) genannten Gegenstand ist auszuschließen.*

2. Die ggf. bestehenden Vereinbarungen des EDZ mit externen Auftraggebern sind nach Auslaufen der bisherigen vertraglichen Vereinbarungen zu beenden. Ggf. sind die Verträge rechtzeitig zum jetzigen Vertragsende zu kündigen

Eine Mitversorgung von privaten Liegenschaften in der Nachbarschaft öffentlicher Gebäude ist möglich.

<b>TOP II. 6</b>	<b>DS X/227</b>	<b>Flüchtlinge im Rheingau-Taunus-Kreis; hier Stellungnahme zum Berichts Antrag Nr. 11/16 der FDP-Fraktion vom 07.09.2016</b>
------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

<b>TOP III. 15</b>	<b>DS X/219</b>	<b>Konzept zur besseren EDV-Ausstattung der Schulen im Rheingau-Taunus-Kreis KT-Beschluss vom 07.03.2001 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zu den Haushaltsberatungen 2016 HFA-Beschluss vom 05.02.2016</b>
--------------------	-----------------	--

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

<b>TOP III. 18</b>	<b>DS X/202</b>	<b>Resolution zur Wahrung des Elternrechts gem. Art. 6 GG; hier: Antrag 20/16 der AfD-Fraktion vom 22.10.2016, eingegangen am 24.10.2016</b>
--------------------	-----------------	--

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

<b>TOP III. 21</b>	<b>DS X/230</b>	<b>Nachhaltige Beschaffung in der öffentlichen Verwaltung; hier: Antrag Nr. 23/16 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.11.2016, eingegangen am 09.11.2016</b>
--------------------	-----------------	--

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

<b>TOP III. 22</b>	<b>DS X/231</b>	<b>Schaffung von zusätzlichen Sozialwohnungen; hier: Antrag Nr. 24/16 der Fraktion Die LINKE vom 09.11.2016</b>
------------------------	-----------------	---

Vertagt mit vorliegendem Änderungsantrag (**Anlage 12 der Niederschrift**).

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

<b>TOP III. 23</b>	<b>DS X/232</b>	<b>Ortliche oder regionale Integrationsbeiräte einrichten; hier: Antrag Nr. 25/16 der Fraktion Die LINKE vom 09.11.2016</b>
------------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Bad Schwalbach, 15. Dezember 2016

---

(Paul Weimann)  
Stellvertretender  
Kreistagsvorsitzender

---

(Klaus-Peter Willsch)  
Kreistagsvorsitzender

---

(Harald Rubel)  
Schriftführer